

## Pressefassung

**Rede von Arbeitgeberpräsident Dr. Jörg Brückner anlässlich des VSW-Empfangs am 29.09.2021 im Tagungszentrum der Sächsischen Wirtschaft in Radebeul**

Es gilt das gesprochene Wort.

---

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Herr Rößler,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Herr Kretschmer,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren Staatsminister und Staatssekretäre,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
werte Gäste,

wir befinden uns unverändert in bewegten Zeiten. Vieles was in den vergangenen Jahren so selbstverständlich galt, sei es das Händeschütteln zur Begrüßung oder generell Veranstaltungen dieser Art, ist noch recht ungewohnt. Umso freudiger stimmt es mich, dass Sie heute so zahlreich unserer Einladung zu unserem diesjährigen VSW-Empfang hierher ins TSW gefolgt sind.

Wir freuen uns, Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, heute als unseren Ehrengast begrüßen zu dürfen. Als Ministerpräsident und Landesvorsitzender Ihrer Partei sind sie in diesen Tagen nach einer Bundestagswahl ein gefragter Mann. Danke, dass Sie dennoch die Zeit gefunden haben heute zu uns zu kommen. Seien Sie herzlich willkommen.

Der Souverän hat gesprochen, das Wahlergebnis liegt vor. Ungeachtet der persönlichen Wahlentscheidung und Erwartungen von jedem von uns gilt es nun nach vorn zu schauen und für das Land das Beste zu erreichen. Denn es gibt viel zu tun!

Als Stimme der sächsischen Unternehmen zählt es zu unserer Aufgabe, zu mahnen und Missstände, dort wo es sie gibt, offen und ehrlich anzusprechen. Dabei geht es uns als VSW keineswegs darum Erfolg und Erreichtes nicht ausreichend zu würdigen. Aber Unternehmer tun immer gut daran, sich nicht auf ihren Erfolgen auszuruhen.

Wir kennen das Gefühl von Erfolg und Misserfolg, von Sieg und Niederlage aus unserem täglichen Leben – und das nicht nur alle vier, fünf Jahre – sehr gut. Und bei uns ist es noch eine Spur härter: Auftrag bekommen – das bedeutet Sieg und Erfolg. Ein zweiter Platz, mit dem man sogar noch glaubt ein erfolgreicher Bundeskanzler werden zu wollen, bedeutet in der großen und kleinen Wirtschaft – Niederlage – Misserfolg – ausbleibende Kundenzufriedenheit. Der Auftrag ist weg, das Vertrauen hat ein anderer bekommen.

Auch wir sind nur Menschen und denken, wir sind die besten und warum erkennt man das denn nicht? Ähnlich wie bei den Damen und Herren, die bei der Wahl am Sonntag nicht auf Platz 1 gelangt sind.

In einem solchen Fall geht es bei uns nach wenigen Tagen Missmut und Groll an die Aufarbeitung der Entscheidung und die Klärung der Frage. Warum hat der Kunde uns nicht sein Vertrauen geschenkt? Wir wollen und müssen wissen, was hat der andere Bewerber besser gemacht. Warum ist der Kunde mit unseren Leistungen nicht mehr zufrieden? Für uns ist das überlebensnotwendig, denn wenn wir unsere Niederlagen nicht aufarbeiten, scheitern wir erneut und dann wird es gefährlich.

Die Bürger und auch wir Unternehmer erwarten, dass die Kandidaten von Platz 2 und schlechter zuerst bei sich selbst die Ursachen suchen, warum man ihnen das Mandat - das Vertrauen nicht geschenkt hat. Den politischen Parteien, die gemäß unserem Grundgesetz an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen, aber nicht die Willensbildung allein sind, empfehle ich: Eine ehrliche Analyse - warum so viele Menschen nicht aus Überzeugung, sondern aus taktischen Motiven gewählt haben.

Das demokratische Gemeinwesen ist ziemlich „anstrengend“, weil es implizit den ständigen Kampf mit der Meinung des Anderen und nicht ausschließlich mit der Persönlichkeit des Anderen bedeutet. Die Zeit der Volksparteien ist wohl auch in Deutschland mit diesem Wahlergebnis vorbei. Nun hat auch die letzte verbliebene Volkspartei in enormen Maßen das Vertrauen entzogen bekommen. Im Interesse unserer Gesellschaft hoffe – nicht nur ich – auf eine ehrliche Analyse und die Fähigkeit, die eigene Leistung, auch die eigene Fehlleistung zu bewerten. Wir sind das tagtäglich gewohnt und bringen unsere Erfahrungen gern ein. Konsens ist, es gibt kein besseres Gesellschaftssystem als die Demokratie, weil sie einen fairen Interessenausgleich ermöglicht – nicht in jedem Falle sofort, aber auf längere Sicht.

Meine Damen und Herren,  
vor uns stehen große Herausforderungen, ein jeder könnte da einiges aufzählen – globale, nationale oder regionale. Einige Themen lassen sich nur global lösen, so sehr man sich auch regional mühen würde. Dazu gehören die sehr großen Unterschiede im Wohlstand und der sozialen Sicherheit auf der Welt. Weiterhin gehören dazu die Fragen von Frieden und fairem Handel, aber vor allem auch die der Energie- und Klimapolitik.

Die Menschheit wächst und ein jeder Mensch auf dieser Erde möchte gern den Wohlstand und die soziale Sicherheit haben, die es bei uns gibt. Dieser Wohlstand ist nicht Gott gegeben, sondern muss tagtäglich neu erarbeitet werden.

Die Debatten der letzten Wochen haben da ein zum Teil erschreckendes Niveau bei fast allen Parteien gezeigt und nicht die Fähigkeit, diese wichtige Frage entschlossen anzugehen. Ohne mehr Fleiß, mehr Einsatz von uns allen ist der Wohlstand, geschweige denn ein Zuwachs, nicht zu

schaffen. Die beständig steigende Staatsquote, also der Anteil des Staates am geschaffenen für sich selbst, ist ein alarmierendes Zeichen. Erst recht, wenn dies mit einer beständigen Verschuldung des Staates einhergeht.

Hier zeigt sich die Erschöpfung unserer Wohlstandsgesellschaft. Das gilt derzeit auch für die Bundespolitik, die so tut, als gebe es unendlich viel Geld. Neue Ausgaben mit Schulden zu finanzieren ist kein Ausweis von Stärke, sondern der denkbar einfachste und bequemste Weg.

Die Zeche zahlen die Steuerzahler, vor allem jene, die früh um 4 Uhr in der Backstube stehen, nachts in der Klinik oder im Pflegeheim tätig sind, die die Straßenbahn auch feiertags fahren und all diejenigen, die nicht im Home-Office ihren „Latte Macchiato“ trinken können.

Für die Fragen der Schaffung und des Erhalts von Frieden haben wir eine Bundesregierung, die uns als Deutsche in den internationalen Beziehungen vertritt und dies in der Zukunft hoffentlich besser. So schlecht, wie zuletzt bei der panischen Evakuierung aus Kabul, kann es nicht weitergehen. Das Leben von Soldaten wurde riskiert, um mit einem hohen materiellen und finanziellen Einsatz ein selbst geschaffenes, aber viel zu lange geleugnetes Problem, zu lösen.

Die Energie- und Klimapolitik braucht unser Mittun für eine gute Zukunft. Der Streit zur Lösung dieser Herausforderungen und über den Weg dazu, wird leider einseitig und meist sehr ideologisch geführt. Wir sind als Industrie gefordert, unseren Ressourcenverbrauch immer wieder zu hinterfragen und zu verringern. Ich möchte aber auch anmerken, dass wir nicht für uns produzieren, sondern für unsere Kunden und das sind wir alle.

Die Welt ist letztendlich physisch – ein jeder will Produkte. Dafür können wir, gerade auch die deutsche und sächsische Industrie hochwertige, technische Problemlösungen für den Weltmarkt bereitstellen. Ohne diese technischen und technologischen Lösungen sind nicht nur die Fragen einer modernen Energie- und Klimapolitik für über 6 Mrd. Menschen zufriedenstellend lösbar. Wir können dabei helfen und zugleich mit guter und fleißiger Arbeit unseren Wohlstand sichern.

Das alles sind Themen, die wir hier in Sachsen nicht allein lösen können. Wir brauchen dafür die Bundespolitik, einen handlungsfähigen Bundestag und dann recht bald eine Bundesregierung, die das besser, als zuletzt, anpackt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
die Themen der Landespolitik kommen heute naturgemäß etwas zu kurz, auch da gäbe es viel zu hinterfragen. Das werden wir weiterhin tun im kritisch-konstruktiven Dialog mit allen Parteien im Sächsischen Landtag und mit der Staatsregierung.

Gerade im Zuge der Pandemie- und Krisenbewältigung erlebten wir einen mitunter völlig überforderten und hilflosen Staat. Helmut Schmidt sagte einmal: „In der Krise zeigt sich der wahre Charakter.“

Unser Staat offenbart leider seine Schwächen. Die Bewältigung der Pandemie hat viel Steuergeld gekostet, jetzt geht's ums Bezahlen.

Meine Damen und Herren,  
lassen Sie es mich gleich voranstellen: Der Staat hat – auch nach Corona – kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Oder nennen wir es lieber ein Problem mangelnder Prioritätensetzung. Wege zu möglichen Einsparungen werden weder diskutiert noch zum Inhalt politischen Handelns in Erwägung gezogen. Ich verzichte bewusst auf den Vergleich zur Wirtschaft.

Wir können daher dem diesjährigen Jahresbericht des Landesrechnungshofes, der Anfang September vorgestellt wurde, uneingeschränkt zustimmen. Er unterstreicht unsere Position, die wir zuletzt bei der Diskussion um den Doppelhaushalt 2021/2022 deutlich gemacht haben. Wir teilen die Einschätzung des nunmehr ehemaligen Rechnungshofpräsidenten Professor Binus, wenn er von einer Schulden- statt einer Tilgungsfalle spricht und im Falle einer Streckung Ewigkeitsschulden kommen sieht.

Lieber Herr Professor Binus,  
schön, dass Sie heute unser Gast sind. Herzlich willkommen!

Im Juli 2013 stimmte der Sächsische Landtag mit einer großen, fraktionsübergreifenden, verfassungs-ändernden Mehrheit von über Zwei-Drittel dem Neuverschuldungsverbot zu. Das Parlament hat im Namen der sächsischen Bürger den Staat verpflichtet, nur das Geld auszugeben, welches vorher durch Steuern und Abgaben eingenommen wurde. Für Unternehmen ist das eine Selbstverständlichkeit, politisch gilt es als Paradebeispiel für Nachhaltigkeit.

Kommende Generationen sollen und dürfen nicht unverhältnismäßig belastet werden, schon gar nicht aufgrund aktueller Krisen. Zwar dürfen im Rahmen von Notsituationen – wie im Falle von Corona – Kredite aufgenommen werden, doch ein Tilgungsplan muss vorgegeben sein. Selbstverständlich ist es zum Beispiel beim privaten Hausbau oder bei Investitionen im Unternehmen schon im Vorfeld zu prüfen, ob Kreditvolumen und Laufzeit im Einklang sind.

Nach nur acht Jahren steht die damals so wichtige Entscheidung zur Disposition. Und das gleich in der ersten Notsituation? Ist das verantwortungsbewusst? Ist das nachhaltig?

Viel bemüht wird das Argument, dass andere Länder die Corona-Schulden auf 30, 40 oder gar 50 Jahre strecken. Wir müssen doch leider sicherlich damit rechnen, dass auch in Zukunft weitere Notsituationen die Aufnahme von Krediten nötig machen. Gerade die schrecklichen Bilder der aktuellen Hochwasserkatastrophe in NRW und Rheinland-Pfalz erinnern daran, was Sachsen 2002 und 2013 in ähnlicher Weise durchstehen musste. Letztendlich stellt sich die Frage, warum die Messlatte für den Staat eine andere sein soll, die ihre Hilfskredite auch in einer sehr kurzen Zeit zurückzahlen muss.

Meine Damen und Herren,  
diese Schuldenorgien und deren Vertreter sind für uns keine Vorbilder!

Aktuell wird viel über Nachhaltigkeit gesprochen. Doch in der derzeitigen Finanzpolitik lässt sie sich noch nicht erkennen. Bisher war das Geld der Kitt, der die Koalitionen auf Bundes- und Landesebene zusammengehalten hat – getreu dem Motto: Ich will dies, du willst das – wir machen einfach beides.

Deutlich wird das beim Thema sächsischer Personalhaushalt. Hier muss man in aller Deutlichkeit sagen: Sachsen lebt über seine Verhältnisse. Fast 10 Mrd. EUR beziehungsweise über 40 Prozent der Ausgaben sind im aktuellen Doppelhaushalt pro Jahr für Personal verplant. Seit 2010 ist das ein Anstieg um mehr als 50 Prozent und das bei 2,2 Prozent rückläufiger Einwohnerzahl.

Immer neue Projekte werden angeschoben, deren Effekte unklar sind und teils bestehenden Institutionen gleichen. Der Rechnungshof fordert deshalb zu Recht einen Deckel für Personalausgaben und eine Gesamtstrategie für den Personalhaushalt. Wir unterstützen dies uneingeschränkt.

Insgesamt müssen Prioritäten neu gesetzt werden: Die eigene Ministerialverwaltung und nachgelagerte Behörden müssen abgespeckt werden und stattdessen sind Investitionen und Innovationen ganz oben auf die Liste zu setzen. Bürger und Unternehmen haben zurecht den Anspruch, dass aus ihren Steuern zuerst ordentliche Krippen und Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Kultur und Infrastrukturen finanziert werden und erst dann neue Rathäuser und Verwaltungsgebäude neu geplant bzw. gebaut werden.

Für eine solche Wende braucht es einen Finanzminister, der das Wort „Nein“ wieder mehr gebrauchen darf. In Berlin hoffen wir zeitnah auf eine neue glaubwürdige und durchsetzungsfähige Persönlichkeit.

In Sachsen unterstützten wir unseren Finanzminister, der diese Haltung bereits mehrfach gezeigt hat. Auch deshalb, weil die aktuell steigende Inflation es ohnehin nicht zulässt, in den kommenden Jahrzehnten auf niedrige Zinsen zu bauen. Schulden werden nicht ewig so günstig bleiben, wie bisher.

Nicht nur hier unterscheidet sich Politik und Wirtschaft ganz wesentlich: Politik verwaltet nur treuhänderisch am Ende haften immer und allein die Steuerzahler. Mein Appell richtet sich daher an die Abgeordneten des Sächsischen Landtages: Hände weg von der Verfassungsänderung!

Ihre Vorgänger haben Ihnen solide und zukunftsfeste Landesfinanzen übergeben. Sie haben mit Ihrer Wahl 2019 kein Mandat der übergroßen Mehrheit der Bürger bekommen, diesen Weg nicht fortzusetzen. Intensivieren Sie stattdessen die Einsparanstrengungen. Es geht hierbei nicht um das sogenannte Kaputtsparen wie von manchem prognostiziert, es geht schlichtweg darum, die Handlungsfähigkeit unseres Freistaates auch in Zukunft zu erhalten. Eine solche Politik mag nicht populär sein, aber sie ist notwendig, nachhaltig, generationengerecht und ehrlich.

Dem bisherigen Rechnungshofpräsidenten Professor Binus ist nichts hinzuzufügen, wenn er eine angemessene Konsolidierungsverpflichtung fordert. Der Landeshaushalt ist seiner Meinung nach grundsätzlich leistungsfähig genug, um die Rückzahlungsverpflichtungen, die Sachsen hat, zu meistern.

An dieser Stelle möchte ich Professor Binus ausdrücklich danken, für sein fast 27 Jahre währendes Wirken für den Landesrechnungshof, die letzten 12 Jahre davon als dessen Präsident.

Lieber Herr Prof. Binus,

Sie haben in dieser Zeit immer wieder die Haushaltsplanung und Haushaltsrechnung des Freistaates begutachtet und stets kritisch-konstruktiv geprüft und sich selten Freunde in der Staats- und Kommunalverwaltung gemacht, aber das ist von Amtswegen auch nicht Ihre Aufgabe gewesen. Wir sind Ihnen und Ihrem Dienst dankbar.

Ich freue mich, Ihnen allen mitteilen zu können, dass das Präsidium der VSW in seiner heutigen Sitzung meinem Vorschlag gefolgt ist, Sie, sehr geehrter Herr Professor Binus mit dem Ehrenpreis der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft auszuzeichnen. Die Preisverleihung wird im Rahmen einer Festveranstaltung im Dezember 2021 stattfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.“ Nicht nur damit hatte Ludwig Erhard recht. Wirtschaft findet nicht im luftleeren Raum statt und auch der Markt ist nicht irgendwas Abstraktes – Nein: Wirtschaft und der Markt sind wir alle, sind Teil der Gesellschaft. Die deutsche, die sächsische Wirtschaft ist die Grundlage unseres Gemeinwesens und Wohlstandes. Dieser Grundkonsens geht als Kompass zunehmend verloren.

Deutschland braucht deshalb einen neuen Schwung. Wir brauchen eine Politik, die Wertschöpfung als Grundlage ansieht. Wir brauchen Vertrauen und Zutrauen in die Mitarbeiter und Unternehmen dieses Landes. Wir brauchen eine Politik, für die das Erwirtschaften von Wohlstand vor dessen Verteilung kommt, die die freie Entscheidung des Einzelnen der des Staates vorzieht. Eine Politik die es Unternehmen ermöglicht in moderne Maschinen und Anlagen zu investieren, die Innovationen und neue Märkte fördert, statt jeden Tag aufs Neue mit zusätzlicher Bürokratie zu belasten.

Mögen manche Ideen einen guten und teilweise edlen Anspruch verfolgen, so schaden sie in der Praxis mehr als sie nutzen, überfordern den Mittelstand, sind extrem bürokratisch und bisweilen rechts-staatlich bedenklich.

Das zeigt beispielweise die Diskussion um die HomeOffice-Pflicht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gefördert werden, keine Frage, doch können und dürfen die betrieblichen Erfordernisse darüber nicht außer Acht geraten. Dort wo es möglich ist, sollen Betriebe und Mitarbeiter

Vereinbarungen miteinander treffen, aber einen Keil in die Belegschaft zu treiben zwischen Produktion und Verwaltung, kann nicht der richtige Weg sein.

Zu oft beschäftigt sich die Politik mit solchen Wohlfühlthemen anstatt mit Ihren Kernaufgaben. Beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit: HomeOffice, 4-Tage-Woche, später Kommen und eher Gehen, die Linke fordert zusätzlich noch verkürztes Arbeiten und Hitze frei an heißen Tagen und das bei stets steigenden Löhnen und Gehältern sowie Freistellungs- und Urlaubsansprüchen. Das funktioniert einfach nicht!

Ein weiteres großes Ärgernis ist das Lieferkettengesetz: Ohne Not wurden hier kurz vor dem Ende der Großen Koalition Bestrebungen auf europäischer Ebene konterkariert. Doch was noch viel schlimmer wiegt, ist das Misstrauen der Politik in das Handeln unserer deutschen Unternehmen. Die deutsche Wirtschaft unterstützt den Schutz der Menschenrechte vorbehaltlos, aber anstatt Entwicklung und gute Arbeitsbedingungen zu fördern, führt dieses realitätsferne Vorhaben zum Rückzug aus vielen Produktionsländern, da Unternehmen schlichtweg nicht in der Lage sind, die Haftung zu übernehmen. Eine Entwicklung ohne Gewinner, außer für allerlei Beratungsgesellschaften.

Schlussendlich zeigt sich wie so oft bei der Umsetzung neuer Vorschriften: gut gedacht, sehr schlecht gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
für all diese Herausforderungen braucht es Leistung und Engagement. Ich bin davon überzeugt, dass der übergroße Teil der Menschen in unserem Land auch künftig bereit ist, diese zu erbringen. Voraussetzung ist aber eine Politik, die für Offenheit, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit steht und auf mehr Eigenverantwortung, statt ständige neue Bevormundung setzt.

Wir brauchen wieder mehr Diskussionen und müssen stets sachlich und fair im Umgang um den richtigen Kurs ringen. Im diesjährigen Wahlkampf kamen Inhalte oft zu kurz. Stattdessen standen zumeist die Schwächen des Gegners anstelle der eigenen Stärken und Vorhaben im Mittelpunkt.

Die Bundestagswahl ist eine Zäsur, die für viele nicht überraschend kam. Wir hoffen sehr, dass die Parteien nun auch die richtigen und notwendigen Schlüsse für Ihre Arbeit auch hier auf Landesebene ziehen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,  
in diesem Sinne sind wir aus aktuellem Anlass auf Ihre Sicht der Dinge gespannt und ich darf Sie um Ihre Ausführungen bitten.

Vielen Dank!